

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

155 (13.7.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, monatlich 60 Pfg. Briefträger ins G. u. S. gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Neufamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wab; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Neufamen: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>	

Deutscher Reichstag. (281. Sitzung.) Dienstag, 12. Juli 1909.

Beginn der Sitzung 11 Uhr.
Auf dem Platz des Abg. Scherer (M.) prangt aus Anlaß seines 70. Geburtstages ein Blumenkranz. — Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Besoldungsreformgesetzes.

Bamberger Bundesratsbevollmächtigter Dr. Schumann gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß das Zentrum nicht in die Beratungen aufgenommen sei und bittet um entsprechende Abänderung des Kommissionsbeschlusses. — Bamberger Bundesrat Dr. Dörner: Ich muß das gleiche Bedauern und das gleiche Ersuchen hinsichtlich Stuttgarts aussprechen.

Oberst von Salza gibt dieselbe Erklärung ab in Bezug auf Dresden und Leipzig.
Abg. Dr. Scherer (konf.) erstattet ausführlichen Bericht über die Kommissionsberatungen.

Schaffner (M.) erklärt, daß das Besoldungsreformgesetz die Mittel der Durchschnitte der Besoldungsausgabe. Alle Eingaben in Bezug auf die Besoldungsfragen sind genau geprüft worden. Das die Gehälter betreffen, so bedeuten die Beschlüsse ein Mehr von 17 Millionen über die Vorlage, wovon sich die Regierung einverstanden erklärt. Im Durchschnitt betragen die Gehaltszuschläge bei höheren Beamten 8,12 Prozent, bei mittleren 13,08 Prozent, bei den unteren 16,06 Prozent. Nur ein Punkt erregt unser Bedenken: bei den Unterbeamten, Briefträgern und Postassistenten sind die Gehälter jetzt höher als bei den analogen Kategorien in Preußen. Dabei war es bisher stets Grundtat, daß das Reich und Preußen bei der Gehaltsbemessung gleichartig vorgehen. Trotz dieser Bedenken aber glauben die verbündeten Reichstagen in dem vorliegenden Umfange dem Kommissionsbeschlusse sich anschließen zu können. Die Kommissionsbeschlüsse enthalten das äußerste Maß dessen, was gewährt werden kann. Weitergehende Beschlüsse könnten nur die Vorlage zu Fall bringen, nicht aber an den Entscheidungen der verbündeten Regierungen etwas ändern.

Abg. Kopsch (fr. Sp.): Meine Freunde haben schwere Bedenken im einzelnen, werden aber dem Ganzen zustimmen. Zu Bedauern ist, daß § 2 der Besoldungsordnung von der Kommission gestrichelt ist, der dahin lautete, daß Änderungen der Besoldungsordnung durch den Reichsausschuss erfolgen können. Die Befestigung dieser Bestimmungen bedeutet eine Schwächung des Budgetrechtes des Reichstages. Meine Freunde werden gegen jede Einschränkung des Revisionsrechtes um so entschiedener Widerspruch erheben, als den Beamten nicht das volle Wahlrecht, nicht das Streikrecht zugesprochen werden kann. Redner weist sich dann der Hauptfrage zu, der Gehaltsregelung, behauptet, daß nicht mehr zu erwarten ist, als die Notwendigkeit der Besoldungsreform durch die Verteuerung aller Lebensmittel hervorgerufen worden sei. Weiter schildert Redner den Umfall des Zentrums in der Frage der Gehaltsbemessung der Unterbeamten. Auch die Hinabschiebung der Erhöhung der Mannschaftslohne um ein Jahr ist bedauerlich.

Abg. Dr. Schahn (Zentr.): Der Abg. Kopsch hat die Meinung geäußert, der Umfall der Kommission in Bezug auf die Unterbeamtengehälter sei erfolgt, nachdem das Zentrum herrschende Partei geworden sei. Demgegenüber bin ich geneigt, noch einmal kurz in Erinnerung zu rufen, was bei der ersten Lesung der Besoldungsordnung hier gesagt worden ist. Die verbündeten Regierungen hätten vorgeschlagen, daß 100 Millionen von den neuen aufzubringenden 500 Millionen Mark Verwendung finden sollten für die Beamtenaufbesserungen, und zwar in der Weise, daß diese Aufbesserungen um 100 Millionen nicht schon in diesem Jahre vollständig in Kraft treten sollte, sondern erst allmählich steigend bis zum Jahre 1913. Weiterer ist damals erklärt worden, daß meine Partei auf dem Standpunkt stehe, daß über die 100 Millionen von 100 Millionen bei der gesamten Aufbesserung nicht hinausgegangen werden sollte. Ich glaube, damit war klipp und klar ausgesprochen, daß wir eine finanzielle Grenze dieser Besoldungserhöhung haben wollten. Nun ist in der Kommission über diese finanzielle Grenze hinausgegangen worden, und zwar in recht erheblichem Maße. (Lautstimm. und mit Recht.)

Es mit Recht, auf diesen Punkt werde ich demnächst zurückkommen. Man kann nicht sagen, unsere Stellung habe sich geändert, als wir uns den 100 Millionen wieder näherten wollten. Nur war in der Kommission im ersten Entwurf bis zur Höhe von 33 Millionen über die Besoldungsreform hinausgegangen. Nun muß man sich folgendes gegenwärtig halten: Wenn Sie den Kommissionsbeschlüsse der Kommission, so werden Sie sehen, ausgenommen waren, es würde gelingen, die Zulagen verbündeter Beamtenkategorien, besonders der höheren, in der Weise zu beschränken, daß 22 Millionen an ihnen erspart werden könnten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Statt der 22 Millionen sind nachher bei der weiteren Beratung nur 800 000 Mark erspart worden, und damit war die Besoldungsreform, von der die Kommission ausgegangen war, daß unter Erspareng des Mehrbedarfs durch Erziehung von Zulagen die Gehaltsfrage, die sie in der ersten Lesung angebrochen hatte, aufrecht erhalten werden konnte, gescheitert.

Nun kam der Budgetkommission der Bundesrat zu Hilfe. Der preussische Finanzminister und der Staatsminister des Reichs haben sich bereit erklärt, Spargenen, so daß aus den ursprünglichen 17 Millionen bezugsfähige folgende Verteilung der 17 Millionen: es sind nicht ganz 17 Millionen für Gehälter, sondern 15 1/2 Millionen. Aber es kommen dazu die Beträge, die bei den Zulagen in Betracht kommen, und die die Summen aus-

füllen werden. Für die Beamtengehälter wurden gegenüber der Regierungsvorlage mehr bewilligt 11 422 810 Mark, für die Wohnungsgeldzuschüsse mehr 210 000 M., für Offiziersbesoldungen 1 434 000 M., für die Unteroffiziere des Reichsheeres 121 000 M., für die Marineunteroffiziere 10 000 M. Dazu kam noch der Mehrbedarf aus der erweiterten Anordnung der Militärärztlichkeit in Höhe von 1 300 000 M. und Winderziehungen an Ausgleichsbeträgen von 1 350 000 M.

Als die Frage der finanziellen Wirkung in Betracht gezogen wurde, kamen die Beamtenkategorien in Erwägung, bei denen die Gehaltserhöhung in der Gesamthöhe etwas erhebliches ausmacht, und das sind die Unterbeamten bei der Post und die Postassistenten. Der einzelne Beamte wird durch die Erhöhung der Gesamtsomme kaum merklich entlastet, der Staat jedoch durch die Erhöhung bis zu 3000 M. bei den Postassistenten und der allen Dingen die Erhöhung bei den Schaffnern auf ein Minimum von 1200 M. hätte eintreten können. Wie liegt es tatsächlich? Die Schaffner sind der Vorlage gegenüber erhöht worden auf 1100 bis 1700 gegenüber 1000 bis 1600 M. Die Postassistenten sind erhöht worden auf 1800 bis 3300 M. gegenüber 1650 bis 3300 M.

Nun tritt bei den Schaffnern die Schwierigkeit ein, daß an den Orten, wo sie Feuerungszulagen hatten, sie befürchten, daß sich bei ihnen das Einkommen niedriger gestalten würde, als es bisher gewesen ist, weil die Feuerungszulagen wegfallen. Diese Möglichkeit ist auch in der Kommission erörtert worden. Es ist schon dort angeführt worden, daß dieser Fall tatsächlich nicht eintreten werde, weil der Briefträger in einem Alter Schaffner wird, bei dem er die niedrigste Stufe nicht bezieht, sondern ebenfalls ein Einkommen von 1200 M. erhält. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es wurde uns für den Briefträger ein Gehalt von 1200 M. angedeutet. Damit scheidet die Frage der Zulagen in ihrem praktischen Wert aus. Allerdings ist zuzugeden, daß die Gehaltserhöhung infolge dessen relativ gering ist. Doch ergibt sich damit keine Verfestigung des gegenwärtigen Standes. (Beifugung links.) Wenn es möglich wäre, eine Erhöhung durch einen Gehaltsheben herbeizuführen, der dafür sorgte, daß mindestens 1200 M. gewährleistet werden, so würde ich seine Bedenken tragen, einen solchen Antrag anzunehmen. Aber was dadurch formell erreicht wird, ist materiell verhältnismäßig gering, weil auch dann die Briefträger in eine höhere Gehaltsklasse gelangen, wenn sie in die Schaffnerklasse überleiten.

Dann ist auf die Klasse der Postassistenten hingewiesen worden. Ich würde es für befriedigend halten, daß man die Postassistenten an der Postverwaltung anders beurteilt als die Postassistenten bei der Eisenbahn. Wir geht während der Sitzung eine Mitteilung mit einem neuen Vorschlag zu, wie man den Postassistenten zu 3000 M. Gehaltsheben verbessern könnte, und ich will ein paar Worten auf ihn eingehen. Danach würden 100 000 M. bei den Postassistenten erspart werden können. Diese Ersparnis möchte ich nicht bestritten. Ich will den Postassistenten die eingeleiteten Geldsummen lassen, habe auch nichts dagegen, wenn es sich um einen mäßigen Betrag handelt, daß dieser noch dazu gelegt werde. Nach dem Vorschlag soll das Gehalt mit 1800 M. beginnen, also wie der Gehalt der Kommission es tut, dann aber statt auf 2050 M. zunächst nur auf 2000 M. und dann statt auf 2250 M. auf 2200 M. steigen. Und in dem Lebensalter zwischen 41 und 44 Jahren soll das Gehalt höher eintreten wie nach den Kommissionsbeschlüssen mit 3000 M., und in diesen höchsten Jahren soll dann festgesetzt werden bis zu 3000 M. Der Herr, der diesen Vorschlag macht, befreit die Galt der Beamten, die in der höchsten Stufe von 3000 M. sind, werden, auf 29 900. Er berechnet, wie gesagt, das finanzielle Ergebnis seiner Auffassung auf 100 000 M., weniger, als das finanzielle Ergebnis der Kommissionsbeschlüsse.

Eines Bedenkens liegt in dem Gedanken: bei den Postassistenten — das sollte trifft auch auf die Postassistenten — muß das Gehalt sich der Lebensstufe und den Bedürfnissen der Familie möglichst anpassen. Das ist für mich der bestimmende Grund, weshalb ich besonderen Wert auf die Erhöhung der oberen Gehaltsstufen zu legen lie. Wir müssen den Beamten die Möglichkeit schaffen, daß, wenn sie in das normale Alter zum Geiraten kommen, sie ein Gehalt haben, das ihnen die Unterhaltung einer Familie sichert.

Nun hat der erwähnte Vorschlag, soweit ich ihn während der kurzen Zeit, in der ich ihn in der Hand hatte, prüfen konnte, das Bedenken gegen sich, daß er nicht genug Rücksicht auf die Erziehung der Kinder nimmt. Er setzt zu spät ein mit der Summe von 2200 M. Aber ich wäre nicht geneigt, die Frage nochmals zu einer erneuten Prüfung der Bundesrat zu lassen. Der Staatssekretär hat erklärt, es sei unannehmbar, daß die Postassistenten auf 3000 M. kommen, aber ich möchte, ehe ich eine definitive Stellung zu der Frage nehme, die Erklärung von ihm provozieren, daß alle verschiedenen Möglichkeiten im Bundesrat erörtert worden sind und ein Beschluß des Bundesrates ihn zu seiner Stellungnahme zwingt. Denn ich halte diese Frage, die nach außen hin beunruhigend wirkt — das gebe ich dem Abg. Kopsch zu — für wichtig genug, daß nicht das einschlägige Merkmal sich allein mit ihr befaßt, sondern daß in der Tat auch der Bundesrat Stellung zu ihr nimmt.

Es ist in der Kommission seitens des Staatssekretärs nicht zu Unrecht bemerkt worden, man müsse die Besoldungsvorlage als Ganzes ansehen. Das gilt auch bezüglich der einzelnen Beamtenkategorien und bei einem Vergleich unserer Besoldungsordnung für sie und den Besoldungsordnungen der Einzelstaaten. Wir dürfen aber nicht einzelne Beamtenkategorien zum Vergleich herausgreifen, darin hat der Staatssekretär recht. Was für die Postassistenten zutrifft, das trifft auch für die Post-

assistenten zu. Auch wenn ein Postassistent nur 3300 M. bekommt, so erhält er einen Wohnungsgeldzuschuß, der höher ist, als die 300 M. Differenz. Es sind 540 M., jedoch ein pensionfähiges Gehalt von 3840 M. erhält, also nicht bloß 3000 M. Ich gebe zu, diese Frage ist nicht entscheidend. Es spricht für die Höhe von 3000 M. sogar noch der Umstand, daß die Postassistenten eine Zulage von 150 M. haben, die ihnen später entfällt, jedoch das Gehalt nicht auf 3300 M., sondern bloß auf 3150 M. steigt.

Wie gesagt, den Wunsch haben wir, glaube ich, alle in diesem Hause, daß eine Besoldungsvorlage zustande kommt, die befriedigend unter den Beamten wirkt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Summe, die wir für die Besoldung bewilligen, ist eine sehr erhebliche. Das möchte ich gegenüber den Bemerkungen geltend machen, die in Bezug auf die Summe gemacht worden sind. Die Frage ist nur, ob es sich vielleicht durch einige 100 000 M., die noch ausgeteilt werden, ermöglichen läßt, bei diesen Beamtenkategorien, die erregt zu sein scheinen, Verhütung zu schaffen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Es sind nun Anträge gestellt zur Veränderung der Kommissionsbeschlüsse. Bei den Anträgen des Abg. Albrecht wird ich erit die Begründung abwarten. Es liegt in Bezug auf die Postassistenten und den ihnen gleichgestellten Beamten ein Antrag Dr. Eröscher und Genossen vor, der den Postassistenten die Stellenzulage von 200 M. in die pensionfähige Zulage von 300 M. umzuwandeln will. Die finanzielle Wirkung dürfte weniger erheblich sein. Ich glaube kaum, daß sich in dieser Beziehung Bedenken erheben.

Wenn aus den Kreisen der Postbeamten zahllose Zuschriften und Depeschen an uns gekommen sind, so möchte ich daraus nicht die Schlussfolgerung ziehen, die seitens des Staatssekretärs gezogen worden ist. Ich kann nur wiederholen, was ich in der ersten Lesung auch bereits betont habe: für die Beamten handelt es sich nicht nur um die Frage der Eingliederung in den Beamtenorganismus als solchen, und deshalb meine ich, in dieser Erregung liegt keine Schuldfrage der Disziplin und es liegt kein Anlaß vor, die Ausübung der Revisionsrechte und die Verurteilung, sich an Abgeordnete zu wenden, irgendwie zu beeinflussen. Es sind die Fragen, um die es sich hier handelt, wirkliche Lebensfragen für sie, und das Gehalt möchte ich respektiert wissen, selbst wenn wir nicht in der Lage sind, die Wünsche zu berücksichtigen. Denn das ist unsere Pflicht, daß wir darüber wachen, daß die Stellung der einzelnen Beamtenklassen innerhalb des gesamten Organismus der Beamten nicht nur unter Prüfung des Gehalts, sondern auch unter Prüfung der materiellen Gerechtigkeit ihrer Stellung gegenüber anderen Beamtenklassen erfolgt.

Wir sind vor die Frage gestellt, wie es sich mit den Beschlüssen fassen, die von den verbündeten Regierungen als unannehmbar bezeichnet werden. Wenn über die einzelnen Fragen Beschlüsse des Bundesrates gefaßt sind und wir vom Bundesrat des Unannehmbar hören, wenn Änderungen in einzelnen Punkten der Besoldungsvorlage vorgenommen werden, so muß ich sagen, ich würde es nicht verantworten können, die Besoldungsvorlage zu Fall zu bringen. Der Staatssekretär hat uns schon erklärt, wenn die Vorlage im Herbst wieder kommt, kommt sie nicht anders wieder, als sie jetzt ist. Er hat auch in der Kommission ausgesprochen, daß, wenn sie jetzt nicht erledigt wird, es im Herbst um möglich ist, die Rückführung der Besoldungsvorlage auszusprechen. Ich glaube, ich habe den Berichterstatter in diesen Punkte richtig verstanden, auch den Bericht richtig gelesen. Das würde die Wirkung haben, daß 75 1/2 Millionen, die jetzt für die Beamtenaufbesserungen ausgeteilt sind, für die Beamten verloren gingen, und da meine ich, daß man sich auf den Boden nicht stellen darf, einer einzelnen Beamtenklasse wegen die ganze Beamtenklasse zu schädigen. Ich glaube, das verlangen auch die einzelnen Beamtenklassen nicht.

Der Abg. Kopsch hat die Bemerkung gemacht, der Abg. Noeren habe eine Äußerung des Abg. Lieber zitiert: Lieber oder brechen! Ja, meine Herren, ich hätte dann den Wunsch, daß der Abg. Kopsch uns auch in die gleiche Situation brächte, in der damals der Bundesrat dem Reichstage gegenüber gewesen ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wie lag die Sache? Der Bundesrat verlangte die Erhöhung der Gehälter der Staatssekretäre, und da sagte Dr. Lieber: Wir können in eine solche Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten und Postassistenten zustimmen. Da konnte man ruhig sagen: Lieber oder brechen. Da wäre mit der Erhöhung des Gehalts der Unterbeamten und Postassistenten die Erhöhung der Staatssekretäre gefallen. Der Bundesrat wäre unterlegen mit dem, was er gewollt hätte, und da hat er beides genommen. In der Situation sind wir leider heute nicht. Diesen Druck können wir auf dem Bundesrat nicht ausüben. Heute hat er uns in der Hand, nicht wir ihn.

Nachdem noch auf folgendes aufmerksam machen. Es ist in unserem Etat wegen der gewährten Feuerungszulagen und der Erhöhung der Besoldungen nicht Ermäßigung der Unterhaltungsbeiträge in den einzelnen Etats vorgesehen; die bleiben in gleicher Weise wie bisher für die einzelnen Beamten bestehen.

Kommen heute im Reichstage Beschlüsse zustande, die eine mäßige Erhöhung über die Beschlüsse der Kommission hinaus herbeiführen sollen — und es scheint mir im Laufe eine gewisse Stimmung für eine solche Erhöhung zu sein — dann sollte der Bundesrat, wenn er vor diesen Beschlüssen steht, auch alles im ganzen nehmen und sich durch diejenigen einzelnen Erhöhungen, deren Betrag sich im Wege der Finanzreform aufbringen läßt, nicht abhalten lassen, dem Reichstag gegenüber ein Annehmbar auszusprechen. (Sehr gut! im Zentrum.)

Wir haben alle ein Interesse daran, daß Friede in unserem Vaterlande herrscht. Für die Eintracht im Vaterlande spielt die Zufriedenheit der Beamten eine bedeutende Rolle. Staat und Reich haben für die Zufrie-

denheit der Beamten deshalb einzutreten, weil sie die Vermittler sind zwischen den Aufgaben von Staat und Reich und der Bevölkerung. Deshalb wirkt es friedensfördernd auch auf die Bevölkerung, wenn sich eine Ungleichheit der Beamten kundgibt. Ich kann zum Schluß nur noch die Bitte wiederholen, der Bundesrat möge etwaigen Änderungen des Reichstages gegenüber recht sorgfältige Erwägungen anstellen, möge allen nachvollziehbar entgegenkommen. Andererseits aber hoffe ich auch und wünsche, daß, mögen die Beschlüsse des Hauses fallen wie sie wollen, die Beamten sich von dem Gefühl durchbringen lassen, daß die Geldfrage nicht die einzige Frage für sie bildet, und daß die pflichttreue Tätigkeit, die sie dem Reiche leisten, und der Schutz, den das Reich ihnen in ihrer Tätigkeit gewährt, mit dazu beitrage, in ihnen selbst gehobene, freundliche und stolze Gefühle lebendig zu erhalten. (Beifugung links.)

Abg. v. d. Heide (natl.): Die Nationalliberalen haben viele Wünsche zurückgestellt. Sie sind sich klar darüber gewesen, daß auf die wirtschaftliche Lage der Einzelstaaten und mehrerer anderer Korporationen Rücksicht genommen werden muß. Wir stehen hier vor einer Gehaltsvorlage, der wir mit gutem Gewissen zustimmen können. Bedauern müssen wir aber doch, daß die Beschlüsse der Kommission über die Unterbeamten- und Postassistenten aus erster Lesung bei der zweiten Lesung nicht aufrecht erhalten worden sind. Diese Beschlüsse waren berechtigt und sind nach der Überzeugung der Nationalliberalen auch jetzt noch sachlich berechtigt.

Zwischen sind eine Anzahl Anträge eingegangen, die die Verteilung von so und so vielen Orten in eine neue Bezirksklasse anstreben.

Abg. Singer (Soz.) weist darauf hin, daß jetzt gar nicht mehr das Material herbeigeschafft werden konnte, um die Berechtigung solcher Anträge zu prüfen. Nur für Stuttgart liegt das Material bereits vor, das die Verteilung in die Klasse A rechtfertigt. Alle übrigen Orte sollen sich begnügen, zunächst mit ihrem Material an den Bundesrat zu wenden. Wenn die Mehrheit in der Kommission fest geblieben wäre, so hätten die Regierungen sicher sofort nachgegeben.

Finanzminister von Rheinbaben weist die Vermutung zurück, als ob etwa Parteien der Unter oder Minderpartei. Gerade die Unterbeamten wären erheblich aufgebessert. Wir sind den Wünschen der Kommission in jeder Weise entgegen gekommen. Der Finanzminister schließt: Ich wiederhole nochmals, daß dieses Gesetz sicher ist, wenn Sie weitergehende Beschlüsse fassen. (Hört, hört!) Der Minister sprach diese Worte mit harter Betonung.

Abg. v. Camp (M.) begründet seinen Antrag auf Gewährung einer Zulage zwecks Gleichstellung der Postverwalter mit den Postassistenten.

Schaffner (M.) lehnt den Antrag ab.
Abg. Dr. Scherer (konf.): Es hieße die endgültige Resubdivision dieser Vorlage hindern, wenn hier noch lange Reden gehalten werden. (Sehr richtig! rechts.) Wo es sich um neue Steuern handelte, müßten die Regierungen nachgeben, hier brauchen sie das nicht. Redner polemisiert weiter gegen die Linke.

Abg. Graf v. Helldorf (Natl.) behauptet die Mängel der Kommissionsbeschlüsse, erklärt aber, im Interesse der Sache würden seine Freunde nur für einen Zentrumsantrag stimmen, der lediglich in Form einer Resolution eine spätere Gehaltsaufbesserung für Postassistenten verlangt.

Abg. Latmann (M. Sp.) meint, in der Hoffnung, daß die Regierung nicht immer an ihrem Unannehmbar gegenüber den Unterbeamten und Postassistenten beharren wird, werden wir die Kommissionsbeschlüsse annehmen.

Schaffner (M.) erklärt, heute Nachmittag habe eine Bundesratsitzung stattgefunden. Der Bundesrat habe einstimmig die Beschlüsse der Kommission beschlossen. Ein Scheitern dieses Gesetzes aus Folge haben werde.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Bruhn und Adling wird ein Schlusssatz angenommen. Es folgt dann die Eingelieferung über die Klassen der Besoldungsordnung I. Bei den untersten Klassen 1 bis 4 befürwortet.

Abg. Emmel (Soz.) die sozialdemokratischen Anträge auf weitere Erhöhung der Gehaltsfrage, u. a. für Unterbeamte beim Kanalamt, der Eisenbahnverwaltung, der Post, einschließlich der Schaffnerklasse.

Darauf geht sofort ein Schlusssatz ein auf Schluß der Debatte über die ganze Besoldungsordnung I und desgleichen II. Der Antrag wird angenommen. — Zunächst erfolgt namentliche Abstimmung über einen Antrag v. d. Heide (natl.) und Albrecht (fr. Sp.), bei dem ersten vier Unterbeamtenklassen die höheren Sätze der Kommissionsbeschlüsse erster Lesung wieder herzustellen. Der Antrag wird angenommen mit 172 gegen 162 Stimmen. (Beifugung.) Von Klasse 21 an gelangen die Kommissionsbeschlüsse unverändert zur Annahme. Auch die Besoldungsordnung II wird nach den Beschlüssen der Kommission erledigt.

Abg. v. Hoff (fr. Sp.) legt nochmals Verwahrung ein gegen etwaige Beschränkung des Revisionsrechtes der Beamten.

Weiter werden die Besoldungsordnungen für Meer und Marine behutsam genehmigt und ebenso der Rest des Besoldungsreformgesetzes. Die zahlreich zur Verwirklichung der Orte vorliegenden Anträge beantragt der Abg. Passermann sämtlich dem Bundesrat zu überweisen mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage und auf die Unmöglichkeit sich jetzt noch über diesen Antrag schlüssig zu machen. Diesem Vorschlag Passermann stimmt das Haus zu, worauf die Ortsklassen-Einteilung in der Kommissionsfassung angenommen wird. Damit ist die zweite Lesung der gesamten Besoldungsreform-Vorlage erledigt. Auch die Resolution der Kommission findet Annahme. Nach 7 1/2 Uhr tritt das Haus noch ein in die Beratung der Novelle zum Schanzengesetz.

Abg. Wehrens (M. Sp.) beantragt, die höheren Ver-

Hollingsbecher, zu ernennen, bei unbefristigten
Geheimen das Minimum des Schaumraumes auf 3 und
das Maximum auf 4 Zentimeter zu erhöhen.

Auch ein Antrag Reumann-Ofer will die Be-
stimmungen über den Schaumraum ändern, zwischen 2
bis 4 Zentimeter Abstand von Rande. Der Antrag
Reumann-Ofer wird angenommen und mit ihm das Ge-
setz in zweiter Lesung.

Debattelos genehmigt das Haus in 1. und 2. Lesung
den von der Kommission beschlossenen Gesetzentwurf
betreffend Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer.
Morgen 10 Uhr keine Vorlesung in dritter Lesung,
damit betreffend sollwirdige Verwendung von Gewer-
begerbeitern dritter Besoldungsvorlage und Wahl-
prüfungen.

Schluss 8 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 13. Juli 1909.

Der Kaiser verläßt am Dienstag Abend Kiel
und ist Mittwoch früh in Berlin. Am Mittwoch nach-
mittag wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Ernennung
des neuen Reichskanzlers bekannt gegeben werden. Als
solcher gilt nun allgemein Bethmann-Hollweg.

Der Bundesrat hat gestern (12. Juli) die
Rechtsfinanzreform auch fernerhin angenommen, so daß
sie jetzt Gesetz ist.

Wilow geht Ende dieser Woche nach Nordberney.
Der „Kofalanzgeber“ antwortet auf die Frage, ob
Wilow das neue, nunmehr vom Bundesrat ange-
nommene Steuergesetz genehmigen werde, es er-
scheine völlig ausgeführt, daß er ein Gesetz mit
seinem Namen unterzeichnen werde, an dessen Zu-
standesformeln er nicht mehr mitgewirkt habe. Der
das unterzeichnet, bleibt jedoch sachlich völlig gleich-
gültig, ob der stellvertretende Reichskanzler von
Bethmann-Hollweg oder der Reichskanzler selbst.

Einen Abschiedsgruß hat dem scheidenden Kanzler
der Präsident des Landwirtschaftsrates gewidmet.
Graf Schwerin-König hat am Wilow folgendes Tele-
gramm geschickt: Angehends des von allen nationalen
Kreisen des Landes aufs tiefste beklagten, aber wie
es scheint leider unabänderlichen Entschlusses Eurer
Durchlaucht, aus Eurer hohen Ämte zurückzutreten,
drängt es mich, Eurer Durchlaucht noch einmal den
tief empfundenen Dank der gesamten deutschen
Landwirtschaft für alles das auszusprechen, was
Eurer Durchlaucht während Ihrer mehr als 10jährigen
Amtsführung für die deutsche Landwirtschaft, für
ihre Befreiung aus schwerer Notlage, ihren
Schutz gegen immer neue Gefahren und ihrer Ent-
wicklung zu besserer Lage und größerer Leistungsfähigkeit
haben. Möge Eurer Durchlaucht in Ihrem
Abstand das Bewußtsein befestigen, für alle
Zeit der unergieblichen und ungeteilten Dank-
barkeit aller deutschen Landwirte sicher zu sein.

Der scheidende Reichskanzler antwortete auf das
Telegramm folgendermaßen:
Für Ihre freundlichen Telegramm bitte ich Sie,
meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen und diesen Dank
dem deutschen Landwirtschaftsrat übermitteln zu wollen.
Was meine Politik für die Landwirtschaft, wie überhaupt
für den Schutz der nationalen Arbeit erzieht und
erreicht hat, das wird nach meiner Ueberszeugung nicht den
Interessen einzelner Gewerkschaften, sondern der gesamten
deutschen Volkswirtschaft dienen. Um dieser Politik die
Erfolge zu sichern, die nötig ist, um ihre Früchte reifen
zu lassen, habe ich mich bemüht, in ihr das rechte Maß
anzuzufinden und Ueberreibungen zu vermeiden. Ge-
wisse Besorgnisse kann ich mich des Dankes, den Sie, be-
ehrter Graf, mir namens der deutschen Landwirtschaft
ausprechen, aufrichtig freuen und mich der Hoffnung
hingeben, daß die unter Führung des großen ersten Kan-
zlers beschrittene wirtschaftspolitische Bahn noch lange von
den geachteten Führern des Reiches innegehalten
werden kann und wird. Reichskanzler Fürst Wilow.

Wie wird es gehen? In der gestrigen zweiten
Lesung der Reichsbeamtenbesoldungsvorlage fanden durch-
weg die höheren Stände eine Mehrheit und zwar eine
nicht unbedeutende. Die „Reif. Ztg.“ schreibt: Die Drohung
des Finanzministers von Nebenabgaben, der Reichstag
soll einmal befehlen, ob das „unannehmbar“ der Re-
gierung ernst sei, „hat zunächst ihre Wirkung verfehlt,
denn mit 172 gegen 161 Stimmen hat der Reichstag
beschlossen, die Landbriefträger (1000—1400 Mk.) den
Schaffnern, Bremern (1100—1500 Mk.) gleichzustellen.
Nach der Vorlage, für die Unterbeamten der Schaffner-
klasse ein Gehalt von 1200—1800 Mk. festzusetzen, wurde
mit 200 gegen 134 Stimmen angenommen. Die Ge-

hälter der Postassistenten wurden mit 220 gegen 114
Stimmen auf 1800 bis 3000 Mk. festgelegt. Im
übrigen blieb es im wesentlichen bei den Beschlüssen der
Kommission. Die Schwierigkeiten einer neuen Klassen-
einteilung der Orte umging man durch Annahme eines
Antrages Wassermann, der den Bundesrat ermächtigt,
in Ausnahmefällen einzelne Orte in eine höhere Ortsklasse
einzureihen.“ Man darf deshalb gespannt sein, wie es in
dritter Lesung gehen wird. Die Stimmung, speziell in
Wahlkreisen ist so verbittert, daß man gegen einen
Fall der ganzen Vorlage, der allerdings die Beamten in
schweren Nachteil bringen würde, nichts einwendet.

Ferienkursus des Volksvereins in M. Gladbach
1909. In der Woche vom 9. bis 14. August, also
in der Woche nach dem Gucharistischen Kongreß, ver-
anstaltet der Volksverein für das kath. Deutschland an
seiner Zentralfstelle den vierwöchigen Ferienkursus.
Er soll der staatsbürgerlichen Schulung dienen.
Vormittags und nachmittags findet im Hörsaal des
Volksvereinshauses zu M. Gladbach ein Vortrag statt,
an den sich jedesmal eine Diskussion anschließt. Es
werden Vorträge gehalten u. a. über folgende Gegen-
stände: Werdegang und Charakter des heutigen
Staates; Verfassungsformen und treibende
Kräfte des Staatslebens; das Reich als Bundes-
staat; die Selbstverwaltungskörper im Staat;
Staat und Volkswirtschaft; Wandlungen in der
Struktur des deutschen Wirtschaftsorganismus; die
staatsliche Wirtschaftspolitik nach innen und
außen; Steuerwesen und steuerliche Belastung
im Reich, Staat und Gemeinde; staatsbürgerliche Schulung.
Da das Bedürfnis nach theoretischer und praktischer
staatsbürgerlicher Schulung in weiten Volksteilen
in steigendem Maße empfunden wird, darf wohl die Er-
wartung ausgesprochen werden, daß dieser erste Versuch
eines staatsbürgerlichen bzw. staatsbürgerlichen
Kurses allgemein begrüßt werden wird.

Anmeldungen zum Kursus und Gesuche um Wohn-
vermittlung nimmt das Volksvereinshaus
M. Gladbach entgegen. Solche sind bis spätestens
1. August erbeten. Nähere Einzelheiten enthält ein
Prospekt, der Interessenten von der Zentralfstelle des
Volksvereins bereitwillig zugesandt wird.

Ausland.

Balkanstaaten.

Zur Aretafage. Heute werden die Mächte
der Aretafage ihre Ansprüche überreichen, in der sie sich
für die Aufrechterhaltung des Status quo in Aretafage
ausprechen und die von der Pforte verlangten Zu-
geständnisse als übertrieben zurückweisen. Einige
Tage später werden sie auch der griechischen Re-
gierung ihren Standpunkt in der Aretafage-Frage darlegen.
Die türkische Flotte soll sich nach dem ägyptischen
Meere begeben. Die Aretafage hängt mit dem Wieder-
zujuntenritt der griechischen Kammer in Athen
zusammen. Falls sich von Aretafage nach Athen
begeben, soll die türkische Flotte vor Aretafage
demonstrieren.

Frankreich.

Ein russischer Polizeispiegel. Burzew richtete gestern
neuerdings ein offenes Schreiben an den Justizminister
Vianov, in welchem er den gewöhnlichen Chef der rus-
sischen Geheimpolizei, Harting, bedauert, gemißtraut
sein schwarzes Kabinett im Gebäude der russischen Vol-
kschaft geführt zu haben. Dori wurden die Briefschaften
der russischen Revolutionäre ausgelesen und pho-
tographiert. Der Hauptgehilfe des Harting war ein ge-
wisser Bint. Es gelang ihnen, Briefträger und Haus-
bedienten zu beschaffen, die ihnen die Korrespondenzen
an die Revolutionäre ausliefern. Die Briefschaften
wurden in der Volkshausphotographie und darauf den
Briefträgern bzw. den Hausbedienten wieder zurückge-
geben. Man bezahlte für jeden Brief 5 Fr., für jede
Karte 3 Fr., dies war der Normalpreis. Da nun die
Affäre Harting mit großer Wahrscheinlichkeit in der
Deputiertenkammer zur Sprache kommt, so fordert Burzew
den Justizminister auf, diesem skandalösen Treiben der
russischen Geheimpolizei ein Ende zu machen.

Ueber die Reorganisation der Artillerie ver-
handelte der Senat. Kriegsminister Biquart sagte,
der Gesetzentwurf gestalte eine Verfertigung der
Artillerie, ohne die übrigen Waffenartikulationen zu
schwächen. Der Minister wies dann auf die Vorteile

der Batterie zu vier Geschützen hin, sie seien viel
besser zu handhaben und leichter zu verproviantieren.
Der Minister verlangte sodann die Erleichterung von
drei Artillerieregimentern für jedes Armeekorps.
Die neuen Kasernen würden 13 Millionen Franken
kosten. Der Minister schloß mit einem Appell an
den Patriotismus des französischen Volkes. Im
weiteren Verlauf der Debatte über die Reorgani-
sation der Artillerie wurde das Gegenprojekt des
Generals Longlois, das die Batterie auf sechs Ge-
schütze bringen wollte, und das von der Regierung
bekämpft wird, mit 221 gegen 73 Stimmen abge-
lehnt. Senator Richon (Ginifère) bekämpft den
Kommissionsvorschlag, der ebenso wie die Re-
gierungsvorlage Batterien zu vier Geschützen vorschlägt,
aber zwei Regimenter für das Armeekorps statt drei
schaffen will. Waddington als Berichterstatter ver-
teidigte den Kommissionsentwurf, der eine wesent-
liche Erparnis bedeuten würde. Der Kriegsminister
betonte die Notwendigkeit eines dritten Regiments
im Hinblick auf die Verhältnisse des Krieges. Die
Kosten würden annähernd dieselben sein. Der Senat
beschloß die Schaffung von elf Infanterieregimen-
tern und sodann mit 147 gegen 124 Stimmen
die Schaffung von 42 Feldartillerieregimentern, d. h.
zwei auf das Armeekorps, entsprechend dem Vor-
schlage der Kommission. Nachdem der gesamte Ent-
wurf angenommen worden war, wurde die Sitzung
aufgehoben.

Spanien.

Spanien und Marokko. Der Kreuzer „Numancia“
geht nach Malaga ab, um Truppen nach Melilla zu
transportieren. Der Minister hat beschlossen, dem
General Marina von Neuem sein Vertrauen zu bezeugen
und ihm alle Truppen zur Verfügung zu stellen, deren
er bedarf, um eine Wiederholung der Zwischenfälle in
Marokko zu verhindern und den spanischen Interessen
Nutzung zu verschaffen.

England.

Der Mörder des Generals Curzon Willie, der
Sindu Dinghra, erschien am Samstag vor dem
Kriegsgericht im Westminsterpalais in London.
Nach der Zeugeneinvernahme erhob sich Dinghra
und protestierte gegen die Bezeichnung Mord für
seine Tat, die er einen Akt der Gerechtigkeit nenne.
Er werde nicht zu seiner persönlichen Verteidigung
vortreten. Andererseits erkläre er keinem eng-
lischen Gerichtsschof das Recht ab, ihn zu verhaften
und zu verurteilen. Der Patriotismus besteht den
Sindus, gegen die Engländer zu kämpfen. Wäh-
rend der 50 letzten Jahre habe ihr 84 Millionen
meiner Landsleute unterdrückt. Ihr Leid ver-
wirklicht für 100 Millionen Pfund Sterling, die jedes
Jahr Indien geraubt und nach dem englischen König-
reich verbracht werden. Ich bin ein Patriot und
arbeite an der Befreiung meines Landes. Ich er-
kläre dies nicht, um mich zu entschuldigen oder zu
verteidigen. Ich wünsche, daß ihr mich zum Tode
verurteilt, denn ihr werdet dadurch das Rachegefühl
meiner Landsleute mehren.

Marquis Ripon, der vor wenigen Tagen ver-
storbene frühere Vizekönig von Indien, war ein
Sohn des englischen Staatsmannes gleichen Namens.
Er ist 1827 geboren und trat 1852 ins Unterhaus
ein, wurde 1863 unter Palmerston Staatssekretär
des Krieges, drei Jahre später Staatssekretär für
Indien, 1868 Lordpräsident des Rats und 1880
Vizekönig von Indien. Die vier Jahre, die er die-
ses Amt innehatte, waren für Indien in einer
Richtung denkbar: der Vizekönig brach vollständig
mit der bisherigen englisch-indischen Politik und
suchte die Rechte der Eingeborenen auf Kosten der
Europäer zu erweitern. Seine Popularität bei
den Indern war ungeheuer, aber um so intensiver
wurde er von seinen eigenen Landsleuten bekämpft.
1884 mußte er zurücktreten. In dem kurzen dritten
Ministerium Gladstone — Februar bis Juli 1886 —
war Marquis Ripon erster Admiralfürst und
übernahm in Gladstones viertem Ministerium im
August 1892 das Staatssekretariat für die Kolonien,
das er auch unter Lord Rosebery behielt, bis die
politischen Ereignisse und sein hohes Alter ihn 1895
zwangen, der öffentlichen Tätigkeit zu entsagen. —
Marquis Ripon ist 1874 zum Katholizismus über-
getreten. Seine Konversion erregte damals unge-
heures Aufsehen und machte gerade in den obersten
Gesellschaftskreisen eine längere Zeit förmlich Schand-
skandal. Kardinal Manning war Lord Ripons vertrautester
Freund.

Die allgemeine Wehrpflicht. Lord Roberts be-
antragte im Oberhaus, die zweite Lesung des Ge-
setzes, welches die allgemeine Wehrpflicht in der
Territorialarmee für alle Bürger innerhalb gewisser
Altersstufen festsetzt. Er betonte, das gegenwärtige
System biete nicht die erforderliche Gewähr gegen
Gefahren, welche England bedrohen könnten. Kein
Freiwilligensystem würde dem Lande jemals das
geben, was er wünsche. Nicht weniger als eine
Million Soldaten sei für die Bedürfnisse des Landes
erforderlich. Der Herzog von Northumber-
land brachte hierauf ein Amendement des Inhalts
ein, daß das Haus, obgleich es die Notwendigkeit
einer Heimatearmee, die stark genug sei, um das
Land vor der Gefahr einer Invasion zu schützen, an-
erkenne, es dennoch ablehne, Maßregeln zu ergreifen,
die unbestimmte Forderungen an die nationalen
Hilfsquellen in sich schließen und das von den mili-
tärlichen Beratern der Regierung als genügend an-
genommene System aufheben. Parlamentsunter-
sekretär des Krieges, Lord Lucas, führt aus, der
Plan sei über alle Wahrscheinlichkeit, gewähre keine
Hoffnungen auf Verminderung und würde die Ar-
beit der letzten 40 Jahre zerstören. Das gegenwärtige
System entspreche den nationalen Bedürfnissen. Die
Debatte wurde hierauf vertagt.

Sien.

Ein politischer Massenmord in China? Nach
einer Meldung des „Gerald“ wurden der junge
chinesische Thronprätendent Chu, dessen Familie so-
wie mehrere hundert Anhänger durch Regierungstruppen
getötet. Sein Kopf wird zur Widmung
in der ganzen Provinz herumgeschickt. (Man wird
auf tun, diese Sensationsnachricht mit allem Vor-
behalt aufzunehmen, da eine anderweitige Bestätig-
ung derselben fehlt. Die Red.)

Die Lage in Persien ist immer noch kritisch.
Tägliche finden Gefechte statt, ohne jedoch großen
Schaden anzurichten. Sapadars Hauptmacht soll
bei Karatade, nördlich von Karad, von einer großen
Uebermacht aus drei Seiten umgeben sein. Die
Rückzugslinie siehe aber offen, da die Kasaken aus

Furcht vor den angebrachten Minen nicht vorzugeben
wagten. — Eine Abteilung von etwa 1200 Mann
Regimentstruppen mit vier Geschützen griff Son-
ntag früh die Nationalisten 15 Meilen westlich von
Teheran an. Es gelang ihr jedoch nicht, die letzteren
aus ihren Stellungen, die mehrere Stunden lang
besessen wurden, zu verdrängen. Die Verlust-
ziffern sind noch unbekannt.

Marokko.

Zur Lage in Marokko. Einer ansehnlich offi-
ziösen Pariser Meldung zufolge hat Spanien in sehr
bestimmter Weise der französischen Regierung seine
Pläne bezüglich der Vorformirung von Melilla über-
mittelt. Vorläufig halte die Madrider Regierung
die den Rifstämmen erteilte Aktion für ausreichend.
Die nach Melilla entfallenden Verstärkungen sollten
nur einem Vorstoße der Marokkaner in die Prebidos
vorbeugen; im Falle eines solchen Angriffes würden
die spanischen Truppen den Befehl erhalten, um
jeden Preis die Vozigierung des Rifgebietes durch-
zuführen. Im übrigen habe die spanische Re-
gierung mit Recht betont, daß das Rifgebiet jetzt jeher
außerhalb des Machtbereiches des Maghrib stünde
und daß deshalb eine militärische Aktion in seiner
Richtung die Signaturmächte des Algeras-Vertrages
interessieren könne. — Der „Matin“ legt seine
sensationalen Berichte aus Tanger über die Situation
in Marokko fort. Der Korrespondent berichtet über
ein Gespräch mit dem italienischen Gesandten
Rerazzini, aus dem folgendes hervorgeht: Der Ge-
sandte ist der Ansicht, daß es gefährlich wäre, die
aufreißerische Bewegung, die den allgemeinen Inter-
essen schädlich sei, weiter in Marokko um sich greifen
zu lassen. Frankreich, das ohnehin durch die
Algeras-Akte ein internationales Mandat für die
Vozigierung Marokkos erhalten hatte, sei berufen,
zur Wiederherstellung der Ordnung so rasch wie
möglich einzuschreiten. Frankreich habe seine erste
Mission zur allgemeinen Zufriedenheit erfüllt, auch
zur Zufriedenheit Deutschlands, worfür sich das
zwischen Frankreich und Deutschland geschlossene
Uebereinkommen über Marokko eine Probe bildet.

Baden.

Karlsruhe, 13. Juli 1909.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich
gnädig bewegen gefunden, dem königlich preussischen
anherkommenden Gesandten und bevollmächtigten Minister,
Wirklichen Geheimen Rat, Viscontul a la suite der
Marine Karl von Eiseudecker Höchsten Hohenorden
der Treue und dem königlich preussischen Oberstleutnant
Franz, Führer des Königlich preussischen Feldartillerie-
Regiments Nr. 46, das Ritterkreuz erster Klasse
mit Eichenlaub Höchsten Ordens vom Jahrgang
Bismarck zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben
sich gnädig bewegen gefunden, den nachgenannten Mit-
gliedern von Freiwilligen Feuerwehren das Ehrenzeichen
für vierjährige treue Dienste der Freiwilligen Feuer-
wehr zu verleihen und zwar: dem Leitermeister Georg
Schmidt, Landwirt August Herzog, Landwirt Johann
Georg Dieck und Landwirt Heinrich Hedding in
Kuppenheim, Führer Franz Sales Gant, Landwirt
Franz Sales Straub und Landwirt Johann Frei in
Selkten.

Die Entschädigung Groß. Ministeriums des Innern
wurde Arthur Julius Schwelger beim Bezirksamt Weisloch
entwählig genehmigt.

Grust Wassermann

wird zurzeit in liberalen Kreisen gefeiert wie ein
Held. Man weiß eigentlich nicht recht, warum.
Es sind mehr Ursachen als Gründe, die für die Lobes-
erhebungen angeben werden. So, wenn es in
einem in „General-Anzeiger“ Nr. 316 abgedruckten
Artikel der „Mainbrücke“ heißt:

„Mittelstand und Bauernstand in ihren
großen Organisationen haben sich an
zur Mächtig in den Schoß des Liberalismus
muß — des Liberalismus, dem sie einst gelang
entfremdet werden konnten, obwohl sie doch mit ihm zusam-
men und durch ihn einst groß und frei geworden sind.
Sache des Liberalismus ist es sein, sich richtig zu ihrer
Wiedererfindung zu rufen und sie dann dauernd nicht
wieder sich abwenden zu lassen. Die ganze Bedeutung
dieses Wendepunktes in unserer politischen Geschichte hat
Wassermann mit vollster Klarheit erkannt.“

Was ist das anders als hohle, tönende Phrasen?
Wo schickt sich der Bauernstand in seinen großen
Organisationen an, zur Mächtig in den Schoß des
Liberalismus? Soll das etwa in dem zu liberalen
Zwecken gegründeten deutschen Bauernbund der
Fall sein? Bitte, daß ist zwar eine neue, aber
keine große Organisation von Bauern, und dazu eine
Organisation, welche noch gar kein Verdienst und
gar keine Tat aufzuweisen kann, die irgendetwas dem
Bauernstand zu gut kommen oder gekommen wäre.
Und die nicht zu politischen alten Organisationen der
Bauern, welche heute vom Liberalismus gerade ver-
folgt werden, wollen heute vom Liberalismus gerade so
wenig wissen, wie bisher. Nehmlich verhält es sich
mit dem Mittelstand. Soll wohl der Hanfband,
die Gründung liberaler Großindustrieller und
Börsenleute, gegen die der Mittelstand oft genug
schreien muß, von denen der Mittelstand vielfach
erdrückt wird, dem Mittelstand aufhelfen? Armer
Mittelstand, wenn dir bisher nur der Hanfband,
in welchem der jüdische Geldmann die erste Flöte
spielt, gefehlt hat! Doch aber beide, liberaler deutscher
Bauernbund und Hanfband, Stufen sein sollen,
auf denen der Liberalismus zur Höhe steigt, das
bezweifeln wir nicht und daß Wassermann darauf
seine Hoffnungen setzt, auch nicht. Wenn man ihn
dafür aber feiert, dann ist das denn doch zu früh.
Denkmale sollte man erst wegen erprobter
Verdienste setzen. Es ist deshalb zu früh, wenn es
in dem Artikel der „Mainbrücke“ u. a. heißt:

„Schon lange stand bei Wassermann der Entschluß
fest: wenn die Not am größten die Vertreter der weltlichen
Wahlkreise im Lande zu berufen, vor ihnen Repräsentan-
tungen über die Motive die für die Art seiner Partei-
führung bestimmt gewesen, und sie einsehen zu lassen
über die weitere Haltung der Partei. Doch er auch in
besonders schicksalshohen Stunden der erste
Führer auf dem rechten Platz gewesen, dessen in
einem Sinn und klarem Schauen betrachteter Stand
der allein gangbare von allen Freunden im Lande aner-
kannt wird: das hat die beispiellose einstimmige Zustimmung
der Delegierten aus West und Ost, aus Ost und West
ihm am Sonntag mit erfreulicher Deutlichkeit bestätigt.“

Wie muß das gerade in Baden wirken! Wasser-
mann ist bekanntlich ein Badener, aber noch nicht
ist er in Baden zum Abgeordneten gewählt worden,
sondern läßt sein parlamentarisches Amt im Umber-
ziehen aus und weiß nicht, wo er bei den nächsten
Wahlen sein Haupt niederlegen soll.

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 13. Juli 1909.

Stadtgarten-Theater. Die zweite Novität, welche uns
die feinsinnige Direktion Gagin brachte, war die dreifache
Operette „Ein Herrmann über“, Musik von Kalmann.
Es steht nicht viel in diesem mehrwöchigen Ragout, das
uns als sogenannter Handlung serviert wird, und würde
das Ganze nicht da und dort mit etwas echtem Aprikä
gewürzt, wäre es kaum schmackhaft zu nennen. Eine
junge Witwe, die ihren Mann nachgedrungen heiraten
mußte, sucht nun, da sie wieder frei ist (ihre Mann starb
früh) ihren einzigen Jugendgeliebten, einen schmidten
Spatenleutnant, wieder zu gewinnen, was ihr auch
schließlich gelingt. Dazu muß ein Manöver, welches in
der Nähe ihres Schlosses stattfindet, einerseits als Mittel
zum Zweck, andererseits zur Staffage und als Hintergrund
dienen, um dem sentimentalen Liebesgangel der beiden
ein lebendiges Relief zu geben. Es ist eine Mischung
von drahtigen Bildern, gefühlvollen Szenen und
schwankartigen Seitenepisoden, die sich zu einer schillernden
Szenenfolge vereinigen, welche schließlich durch das
Auftreten des fuchsenden und weltlichen Feldmarschall-
Leutnants (des Manöverkommandanten) zum Klagen
kommt, wobei sich die Liebenden am Schluß versöhnen,
gerührt in die Arme sinken und sich küssen.

Die Musik erreicht nirgends das Niveau eines Lehar,
Oskar Strauß, Fall &c. und überbietet der wirksamen
Schlager, enthält jedoch einige interessante Nummern, eine
farbenschöne Instrumentation, die nur zuweilen zu viel
Rärm zu dem Weizen macht, was gefehlt.

Wenn die Novität aber dennoch gut gefiel und
Geltendheit erregte, so lag dies an der trefflichen, ja man
kann schon sagen, ausgezeichneten Besetzung der Rollen,
aus welchen der sentimentale, gefühlvoll singende
„Oberleutnant“ des Herrn Herold, die feinsinnige
„Baronin“ des Fräulein Schwarz, der verliebte Pat-
sch „Trestas“ des Fräulein Gisinger, der „Frei-
willige“ des Fräulein Rhoden und die beiden mit
überprahlendem Humor und meisterhafter Charakteristik
gezeichneten Figuren des „Kabelknaller“ (Herr
Fischer) und des „Feldmarschalleutnants“ (Herr Fischer)
markant hervorrangen.

Das lustige Nächst, das nach dem bekannten Muster

„Man nimmt ein Loch und macht Messing drum und
die Kanone ist fertig“ fabriziert zu sein scheint, wird bei
solcher Wiederergabe und noblen Ausstattung noch
einige Wiederholungen ertragen und auch auf guten
Besuch rechnen können.

Die Sonntagsvorstellung, welche die erstmalige
Wiederholung der genannten Operette brachte, ging vor
ausverkauftem Hause vorüber und fand eine sehr be-
fallige Aufnahme, es hat sich somit unsere Ansicht
bestätigt.

Stadtgarten-Theater. Heute Dienstag gelangt
„Die Dollarprinzessin“ mit Fräulein Jo-
vanovic in der Titelrolle zur Aufführung. — Mor-
gen Mittwoch ist die vierte Wiederholung der jug-
kräftigen Operette „Der fidele Bauer“.

Literarisches.

Die „Apologgetische Rundschau“, das Organ der
Zentral-Anstaltsstelle der katholischen Presse (G. M.), heraus-
gegeben von Dr. Carl Maria Kaufmann in Köln, Karolinger-
ring 8, bringt in ihrer neuesten Nummer wieder recht
beachtenswerte Artikel über aktuelle Fragen der Gegenwart.
Wir heben aus dem reichen Inhalt hervor: „Religiöse Ent-
wicklung von Hebbelweh Ripon“, „Vom städtischen Nieder-
gang besonders in der akademischen Jugend“ von H. Müller-
Münsterfeld, „Das katholische Literaturland“ von D. von
Bier und die Fortsetzung der Artikelreihe von Universitäts-
Professor Dr. A. Seig über die Stellung des Modernismus
zu Christus.“ In der wie immer interessanten Zeitschau
bespricht der Herausgeber der erwähnten Feder das Wissen-
wesen in China und Japan, um dann in einer eingehenden
Behandlung auf Wert und Wichtigkeit des Wertes der
Glaubensvorbereitung hinzuweisen. Das Kapitel „Ab-
weh“ bietet aus den Ermittlungen der G. M. die wichtigsten
Widerlegungen kirchenfeindlicher Behauptungen im letzten
Monate. Fürwahr ein reiches Material im Kampfe um
unser gutes Recht. In eigener Sache“ erklärt die Redaktion,
daß der vielbesprochene sog. Athanasius-Artikel in der Mai-
nummer der Apologgetischen Rundschau kein Angriff gegen
den Volksverein sein soll, sondern lediglich eine Anregung.
Daß der Apologgetischen Rundschau kein Angriff gegen
den Volksverein vollkommen ferne liegt, hat die Redaktion
an der Spitze des Athanasius-Artikels ausdrücklich betont!
Die Monatschrift, die pro Jahr einschließlich Porto 3.40 Mk.
kostet, möchten wir in der Hand eines jeden gebildeten
Katholiken sehen, dann würden gar bald noch vorhandene
Vorurteile und Unwissenheit schwinden.

Wasser in Tiengen.

11. Juli. Heute fand hier, nachmittags halb 5 Uhr, im Gasthaus zum „Ochsen“ eine große Versammlung statt, in der Herr Geistlicher Rat Wafer sprach. 500 Personen, zum Teil aus weiter Ferne, hatten sich eingefunden, um den Worten des badischen Zentrumsführers zu lauschen. Die Verhandlung wurde von Herrn Gemeindevorstand Herr geleitet, der nach der Begrüßung der erschienenen Herrn Geistlichen Rat Wafer das Wort erteilte. In zweifelhafte Rede entwarf der Redner ein Kolossalgemälde der Reichsfinanzreform, wobei er namentlich mit Landgerichtsdirektor Obkircher bezüglich seiner Bonndorfer Rede am 13. Juni abrechnete. Er widerlegte dessen Ausführungen, die er im Wortlaut zu Händen hatte, treffend und mancher der anwesenden Gegner wird sich zugestanden haben, daß „der Bonndorfer Redner vom 13. Juni“ nach Inhalt und Form den Ton eines sozialdemokratischen Agitatoren anschlag.

Herr Geistlicher Rat Wafer meinte nach Verlesung einer Stelle aus Obkirchers Rede bezüglich der Steuerbefreiung der Agrarier und Kontraktanten: Was ist für ein Unterschied zwischen dieser Sprache und der Sprache der sozialdemokratischen Redner oder Zeitungs-schreiber, die in Klatschhege machen? Nehmen wir an: Jemand ein lüdniger Mann bekommt diese Abschnitte der Bonndorfer Rede zu hören, ohne eine Ahnung vom Redner zu haben und er sollte dann darüber urteilen, aus welchem politischen Lager mag wohl die Leistung stammen, so wird er sagen: so kann nur ein Sozialdemokrat und zwar ein Sozialdemokrat schlimmster Art reden.“ Diese Verhöhnung entsprach voll und ganz dem Empfinden der Anwesenden. Weiter charakterisierte er die Haltung der Nationalliberalen während der Finanzreform, erklärte den Unterschied zwischen direkter und indirekter Steuer, die Notwendigkeit der Steuerreform, behandelte weiter die Erbschaftsteuer und die Haltung der Nationalliberalen in diesen Punkte, die aus der Ablehnung dieser Steuer entgegengesetzte Ertregung des Volkes. Die Ablehnung der Erbschaftsteuer ist „die Steuervermeidung des Millionärs“, sie ist das Todesurteil über die Reichsanleiherchaft Bülow's, sie ist das kräftige Salz, das dem Liberalismus im Reichstag entgegengerufen worden ist auf seinem Weg zum parlamentarischen Parlamentarismus, sie ist ein Wendepunkt in der Politik des Reiches mit einem Blick nach rechts. Das, meine Herren, ist die Bedeutung des Beschlusses über ein einziges Steuergesetz! An Hand ziffermäßiger Nachweise bewies dann der Redner, daß die von den Liberalen geforderte Reichstagsauflösung nur den Sozialdemokraten zugute kommen könne und diese Ermüdung habe die Regierung von der Auflösung absehen lassen.

Die Ausführungen des Reichstagsführers liefen lebhaftesten Beifall seitens der Anwesenden hervor und nach kurzer Pause ergriß er nochmals das Wort, um über die badischen Verhältnisse einiges zu sprechen. Er besprach zunächst die guten Ansichten des Zentrums bei den kommenden Landtagswahlen, um dann speziell gegen Obkircher's noble „er beschränkt sich ja auch schon auf seine gute Beziehung — Auslieferung gegen Herrn Landgerichtsdirektor Wittenmann Stellung zu nehmen. „Die Bonndorfer Rede zeigt, daß die Situation für die Nationalliberalen gar nicht verheißt.“ Wenn man auf liberale Seite schaut: Wir haben einen einseitigen Randwörter zum Kandidaten, das Zentrum einen auswärtigen Beamten, so möge sich speziell Obkircher merken, daß es von Bonndorf bis Offenburg nicht so weit ist, als von Mannheim bis Bismarck. Herr Geistlicher Rat Wafer ging auch mit folgender Erinnerung Obkircher's in Bonndorf sofort ins Gedächtnis: „Wir denken gar nicht daran, der Kirche in irgend einer Weise zu nahe zu treten.“ In diesem Diktum siehe noch das Wortchen „mehr“; Wir denken gar nicht mehr daran... Und dann sei noch die Frage, ob es gelautet werde. Zum Schluß forderte der Herr Redner alle Parteiangehörigen zu fester Einigkeit auf: „Unsere Parole muß sein: Was gewonnen worden ist, muß festgehalten werden, wenn möglich mit größerer Mehrheit; was noch nicht gewonnen ist, aber gewonnen werden kann, muß dem bisher Greichen angegliedert werden.“

Der Jubel war unbeschreiblich und es ist zu begreifen, daß die Rede, die in mehr als einer Hinsicht eine Programmrede war, in höchster Form aufgenommen wird. Herr Landtagsabgeordneter Blümmel brachte ein Hoch auf unseren Großherzog aus, worauf die wirklich imponiert verlaufene Versammlung gegen halb 9 Uhr abends von Herrn Raft geschlossen wurde.

Kandidaturen.

Mosbach, 12. Juli. Die freisinnige Volkspartei stellte für den Wahlkreis Mosbach Herrn Kaufmann und Landwirt Fabn-Hüffenhardt als Kandidaten auf.

Vorbereitungen zur Landtagswahl.

Das Ministerium des Innern hat die Städte- und Gemeindeverwaltungen beauftragt, mit den Vorbereitungen, zunächst mit der Aufstellung der Wählerliste, für die voraussichtlich im Oktober stattfindenden Landtagswahlen zu beginnen.

Wasser.

Herr Professor Wafer schickte folgende Erklärung: „Mit Bezug auf den Artikel in Nr. 153 des „Bad. Beob.“ erkläre ich, daß ich die Angelegenheit meiner vorgelegten Behörde unterbreitet habe.“

Arbeiterzeitung.

Mannheim, 12. Juli. Der Zentralverband der Maschinen- und Feiler der über alle drei Oberhein befahrenden Schiffe die Sperre verhängt, da der Arbeitgeberverband Mannheim beschloß hat, von Samstag, den 10. Juli, ab einen Lohnabzug von 2-8 M. die Woche und eine Verlängerung der Arbeitszeit einzuführen zu lassen. Die Tarifahrt kann noch ausgeführt werden.

Kleine badische Chronik.

Mannheim, 12. Juli. Gestern vormittag ist im Rhein der letzte „Matrose“ der Kaisertruppen. — Gestern Abend fiel die 10jährige Tochter des Lademeisters Gauer beim Schützen auf einem Schießplatz in den Rhein und ertrank. — Eine schwere Messer-

schere spielte sich heute Nacht in Käferthal ab. Der Tagelöhner Karl Cardano geriet mit dem 21 Jahre alten ledigen Mauerer Adolf Barge in Streit. Letzterer zog schließlich das Messer und brachte vor Wallstadt seinem Gegner einen lebensgefährlichen Stich in den Unterleib bei. Der Verletzte wurde in's Krankenhaus verbracht, der Täter wurde verhaftet.

Wiesbaden, 12. Juli. Die Ehefrau eines hiesigen Fabrikarbeiters wurde gestern vormittag im Parkenwald in der Nähe des Waldhauses bewußtlos aufgefunden. Die Frau hatte mit Selbstmordgedanken einen Selbstmordversuch unternommen. Sie wurde ins Krankenhaus verbracht.

M. Geisingen, 12. Juli. Heute war Sühnetag vor Großh. Amtsgericht in Sachen des Kirchenplatzes. Oberstufungsrat und Stiftungsrat waren vertreten, von der politischen Gemeinde war niemand erschienen.

Waldprechtshaus, 13. Juli. Nächste Zentrumsversammlung am letzten Sonntag war zahlreich besucht und nahm einen glänzenden Verlauf. Abg. Belzer von Wallach referierte über die Reichsfinanzreform, wobei er die neuen Besteuerungen, wie die Verbrauchssteuer erläuterte. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den Ausführungen des Redners, dem vielfach Beifallsstürme entgegenkamen. Bemerkenswert ist, daß bei der Diskussion ein Besondere Interesse an dem Sozialdemokraten Gumpert hat, das Verhalten der „Gesossen“ bei der Kampanie, und Kolonialsteuerfrage sehr getadelt hat. Der betreffende Redner hat seine Sache in ruhiger, geschätzter Form vorgetragen, was ihm zur Ehre gereicht.

Karlsruhe, 12. Juli. In Durmersheim wurden vier Wildschilde festgenommen.

Karlsruhe, 12. Juli. Der 67 Jahre alte Säger Otto Kauf in Ottenheim, gebürtig aus Oberstrot (Amt Karlsruh) ist in der hochgehenden Äger erkrankt.

Schutterwald, 9. Juli. Ein reisender Handwerksbursche leistete sich gestern das Vergnügen, längs der Straße von Dundenheim nach hier junge Obstbäume abzubrechen. Er wurde hierbei vom Straßenwächter beobachtet. Dieser gab einem des Weges daherlaufenden Nader Meldung, in Schutterwald sofort die Polizei zu benachrichtigen. Zum Ueberflus kam noch ein Mann mit einem Frühlingsanzug, auf dessen Äder der Bürde sich jedoch einen Spagelstich aus einem jungen Apfelbaumchen gelassen hatte. Dieser, von dem Straßenwächter aus bereits unterrichtet, lud ihn zum Mitfahren ein, was gerne angenommen wurde. Als gleich im End Schutterwald zu direkt zum Rathaus, wo der Polizeidienst schon wartete, und den Burschen im Ordinarat einvernahmte, bis er abends von der Gendarmerie abgeholt und nach Offenburg ins Amtsgefängnis eingeliefert wurde. Welche Strafe in diesem Falle am meisten angebracht wäre, ist nicht schwer zu erraten.

Freiburg, 12. Juli. Fräulein Frida Oberer hier wurde verurteilt als Polizeifleglerin beim hiesigen Bezirksamt. Sie wird nach der Freisprechung hauptsächlich bei der Aufsicht über die in hiesiger Stadt untergebrachten Flügelkinder mitzuwirken haben.

Freiburg, 11. Juli. Der Bürgerausschuß hat heute in besonderer Sitzung beschlossen, dem Direktor der medizinischen Klinik, Geheimrat Prof. Dr. Christian Baumert, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Freiburg zu verleihen.

Waldprechtshaus, 12. Juli. In Bollschweil ist das 57jährige Schindler'sche Bandenmitglied Karl Maier beim Spielen in die Wüste gefallen und ertrunken.

Talheim, Amt Wehrich, 12. Juli. Ein bedauerliches Vorkommnis ereignete sich laut „Dend. Volksb.“ am gestrigen Sonntag nachmittag hier. Die Frau des Richard Schmidt wollte mit einem Stöckchen nach ihrem 7jährigen Kinde, der sie ärgerlich, werden. Unachtsamerweise trat die Mutter anstatt den erwünschten Knaben ein 7jähriges Kind darauf an den Kopf, daß daselbe trotz sofortiger ärztlicher Hilfe nach 2 Stunden an den Verletzungen starb. Die Familie wird allgemein bedauert.

D. Basel, 12. Juli. Ein außer Frang ist der hiesigen Polizei gelungen. Am letzten Freitag ist im Wülhelmsberg der schon wiederholt betriebe Agent und Zeitschriftenhändler Eugen Meier aus Bamberg (Schweiz) der sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen eines leichten Diebstahls noch zu verantworten hatte, seinen Transportwagen ausserhalb in die Schweiz geflüchtet. Meier wurde tags zuvor in Wülhelmsberg von der Strafkammer wegen verhängener Bestrafung und Schwindelverbrechen zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt und vor dem Verlaß seiner Strafe im Zuchthaus zu Wehrich sollte er noch in Wülhelmsberg wegen eines weiteren Diebstahls abgeurteilt werden. Durch zwei Ziviltransporteure wurde er nach Wülhelmsberg verbracht, wo er in einem unbewachten Augenblicke aus dem Gerichtsgebäude entweichen konnte. Meier fuhr nach Basel, wo er bereits unmittelbar hinter den deutschen Grenzposten sich in Sicherheit flüchtete, denn er fürchte in einer Wirtshaus in Kleinbühlungen ein und brüllte sich wegen seiner Flucht. Aber hinter ihm war auch schon der telegraphische Stadtbrief, und gerade als er im besten Erzählen über seine Flucht war, betrat ein Detektiv das Lokal, erkannte den Flüchtling sofort und erklärte ihm seine Verhaftung. Der unglückliche Meier hat sich sofort in sein Schicksal ergeben. Er hatte beabsichtigt, nach hier nach Basel und von da über Frankreich nach Spanien zu reisen, das ihn wahrscheinlich nicht ausgereicht hätte.

Hochwasser Nachrichten.

Karlsruhe, 12. Juli. Das Groß. Bezirksamt teilt mit, daß die Schiffsbrücke über den Rhein bei Wagnau wegen Hochwasser vorerst nicht mehr geöffnet werden kann.

Karlsruhe, 12. Juli. Nach den uns heute früh angegangenen Meldungen ist die Hochwassergefahr allerorts besänftigt, da das Wasser verhältnismäßig schnell zurückgeht. — Am Karlsruher Rheinhafen herrscht zur Zeit ein lebhafter Verkehr, was dem Wasserstand zu danken ist.

M. Mannheim, 12. Juli. Der Rheinbegel zeigte heute früh 6,87 Meter. Das Wasser fällt kaum die 11er überkritischen. Um einer etwaigen Gefahr rasch begegnen zu können, war die sog. Wasserwehr (Männer mit Schaufeln etc.) aufgedockt. Die Schiffsbrücke macht einen ansehnlichen Wogen in die Höhe. Ein interessantes Schauspiel bietet zugleich die Durchfahrt der Dammer und Schlepper. — Bei Antellagen überflutet die Ab ihre Ufer.

Mannheim, 12. Juli. Rhein und Neckar führen Hochwasser. Der Rhein ist von gestern auf heute von 5,92 auf 6,05 Meter und der Neckar von 5,59 auf 5,98 Meter gestiegen.

Rehl, 12. Juli. Die Ringta die Straßen Vor-Neumühl und Auenstein-Straße sind überflutet, sodass sie für Fußgänger unpassierbar sind. Man sieht heute die Her von den überfluteten Feldern zu reiten gehen. — Aus Haslach wird berichtet, daß dort von vielen Uferstellen das noch lagernde Heu fortgeschwemmt wurde.

A. Ron der Doh, 12. Juli. Freitag nacht waren Gewehrsch und Granatwurf in Wülfenthal so bedrohlich, daß die Feuerwehr alarmiert werden mußte.

Waldprechtshaus, 12. Juli. Die reißigen Wasser-massen, welche in den letzten Tagen niedergingen, haben bei der Hohenburg beinahe ein Unglück verursacht, indem dort ein Stück Glets von Wasser vollständig freigelegt wurde. Glücklicherweise entdeckte das Wollschmiedpersonal des letzten Abendes die gefährliche Stelle rechtzeitig, so daß ein erster Unfall vermieden werden konnte.

M. Mannheim, 12. Juli. Der Rhein ist in kurzer Zeit um über 2 Meter gestiegen, wobei der Bau des neuen Kraftwerkes gefährdet ist. Das Wasser fährt Bäume und Gerüste mit sich, die sich vor der Dienstbrücke stauen. Ein Teil der letzteren und das Aufnahmegerüst für den Strömen kürzigen Samstag vormittag unter gewaltigem Ge-

töse ein. Menschen kamen nicht zu Schaden. Der schwere Kranke liegt mitten im Rheine. Das Holzwerk wurde fortgeschwemmt.

Oberkirch, 12. Juli. Das Hochwasser der Neck ging für unsere Stadt gefahrlos vorüber. Große Baumstämme wurden ihr durch den hochangewachsenen Bierbach und Maibach zugeführt. Die wilden Wogen schwenkten viel Holz und andere Gegenstände aus dem Hinterland an.

Basel, 12. Juli. Der Rhein hat am Samstag mit 3,70 Meter seinen Höchststand erreicht. Das Wasser fällt wieder.

Lokales.

Basel, 10. Juli 1909

Das Großherzogpaar hat vorgestern Abend die Reise nach Karlsruhe nach Berlin angetreten. Die Rückreise nach Karlsruhe wird Ende des Monats erfolgen. In Karlsruhe, der hiesigen preussische Gesandte, Erz. v. Gleditsch, feierte gestern das 25jährige Jubiläum seiner Beurlaubung als Gesandter am Großh. badischen Hofe. Fast ein Menschenalter hindurch hat er in hiesiger Amt versehen nicht nur zur hohen Zufriedenheit seines kaiserlichen Vorgesetzten, sondern auch wertgeschätzt von allen, die dienstlich und gesellschaftlich Gelegenheiten hatten, im persönlichen Verkehr seine Liebenswürdigkeit und sein stets freundliches Entgegenkommen kennen zu lernen. Diese Wertschätzung kam gestern zum Ausdruck in der allgemeinen Teilnahme, welche das hiesige Jubiläum Sr. Exzellenz in weiten Kreisen der Residenz gefunden hat. Dem Jubililar, sowie seiner Gemahlin, die sich als Förderin der Kunst, besonders der musikalischen, in unserer Stadt einen Ehrennamen erworben hat, gaben zahlreiche Glückwünsche in Wort und Schrift ihren Beifall. Der Großherzog gedachte der Verdienste des Jubililar durch Verleihung des Honorarordens der Krone, während die Großherzogin Luise demselben die Statuette ihres hochseligen Gemahls Friedrich I. überreichte. Unter den Glückwünschenden befanden sich ferner der Reichskanzler, das Großherzogliche Ministerium, der Oberbürgermeister namens der Residenz und der militärischen Behörden, der Kunst und Wissenschaft. Vormittags brachte die Kapelle der Leibdragoonen ein Ständchen vor dem Gesandtschaftspalais.

Das Verfahren gegen den hiesigen prakt. Arzt Dr. D. Woss, das seiner Zeit einiges Aufsehen erregte, wurde, wie die „Bad. Anz.“ erzählt, nunmehr eingestellt.

Die Flugmaschine des Herrn Stolz in Niederbühl bei Karlsruh ist zurzeit im „Café Novara“ hier ausgestellt und gegen 30 Pf. Eintritt zu sehen.

Der Job abgehandelt. Am 8. ds. abends, während des Jubililarfestes, wurde einem 14 Jahre alten Mädchen aus dem Schloßplatz der Job abgehandelt.

Die Fingerringe des Herrn Stolz in Niederbühl bei Karlsruh ist zurzeit im „Café Novara“ hier ausgestellt und gegen 30 Pf. Eintritt zu sehen.

Der Job abgehandelt. Am 8. ds. abends, während des Jubililarfestes, wurde einem 14 Jahre alten Mädchen aus dem Schloßplatz der Job abgehandelt.

Die Fingerringe des Herrn Stolz in Niederbühl bei Karlsruh ist zurzeit im „Café Novara“ hier ausgestellt und gegen 30 Pf. Eintritt zu sehen.

Der Job abgehandelt. Am 8. ds. abends, während des Jubililarfestes, wurde einem 14 Jahre alten Mädchen aus dem Schloßplatz der Job abgehandelt.

Die Fingerringe des Herrn Stolz in Niederbühl bei Karlsruh ist zurzeit im „Café Novara“ hier ausgestellt und gegen 30 Pf. Eintritt zu sehen.

Der Job abgehandelt. Am 8. ds. abends, während des Jubililarfestes, wurde einem 14 Jahre alten Mädchen aus dem Schloßplatz der Job abgehandelt.

Die Fingerringe des Herrn Stolz in Niederbühl bei Karlsruh ist zurzeit im „Café Novara“ hier ausgestellt und gegen 30 Pf. Eintritt zu sehen.

Der Job abgehandelt. Am 8. ds. abends, während des Jubililarfestes, wurde einem 14 Jahre alten Mädchen aus dem Schloßplatz der Job abgehandelt.

Die Fingerringe des Herrn Stolz in Niederbühl bei Karlsruh ist zurzeit im „Café Novara“ hier ausgestellt und gegen 30 Pf. Eintritt zu sehen.

Der Job abgehandelt. Am 8. ds. abends, während des Jubililarfestes, wurde einem 14 Jahre alten Mädchen aus dem Schloßplatz der Job abgehandelt.

Die Fingerringe des Herrn Stolz in Niederbühl bei Karlsruh ist zurzeit im „Café Novara“ hier ausgestellt und gegen 30 Pf. Eintritt zu sehen.

Der Job abgehandelt. Am 8. ds. abends, während des Jubililarfestes, wurde einem 14 Jahre alten Mädchen aus dem Schloßplatz der Job abgehandelt.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Hd. Berlin, 12. Juli. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden sind heute morgen hier eingetroffen. Im Laufe des vormittags stattete der Großherzog dem Reichskanzler Fürsten Bülow einen längeren Besuch ab.

Hd. München, 12. Juli. Die hiesigen Blätter demontieren die Nachricht der Frankfurter Zeitung, wonach der bayerische Finanzminister von Baff sich mit Rücktrittsgedanken trage.

Hd. Rom, 12. Juli. Die Delegierten der adriatischen Gebiete haben vor ihrem Verlassen Rom beschlossen, die Agitation gegen die Marinefondation energisch weiter zu betreiben.

Hd. Konstantinopel, 12. Juli. In Stivas wurden gestern durch Brandlegung im Armenviertel 16 Häuser und Buzare eingeschert.

Hd. Konstantinopel, 12. Juli. Generaloberst Freiherr von der Goltz kam heute mittag mit dem Konstanza-Dampfer hier an. Rückfahrsreise fand ein offizieller Empfang nicht statt, doch waren mehrere türkische Offiziere erschienen. Der deutsche Militärattaché von Stempel war von der Goltz entgegengefahren. Bei der Ankunft begrüßte der deutsche Geschäftsträger von Wien den Generaloberst, zu dessen Empfang sich viele persönliche Freunde eingefunden hatten.

Hd. Madrid, 12. Juli. Das Blatt „Correspondencia“ verleiht, daß die Heirat des Infanten Alfonso, Sohn der Infantin Gulafia von Spanien, mit der Prinzessin Beatriz Leopoldine Doria von Sachsen-Koburg beschlossene Sache sei. — Der deutsche Botschafter, der französische Bevollmächtigte und der Botschafter Portugals hatten gestern eine lange Konferenz mit dem spanischen Minister des Aeußern. Nach den offiziellen Berichten herrscht in Melilla zurzeit Ruhe.

Hd. Paris, 12. Juli. Gestern nachmittag wurde hier der Kongreß der geeinigten Sozialisten eröffnet.

Hd. London, 12. Juli. Etwa 150 Regter, die als Bundesbeamte im Staate Texas angeheilt waren, sind plötzlich entlassen worden. Diese Regter waren zuerst vom Präsidenten Roosevelt angeheilt worden. Sein Nachfolger Taft aber, so belagte eine Washingtoner Depesche, glaubt das Wortteil der Regter gegen farbige Beamte nicht länger ignorieren zu dürfen. Wahrscheinlich werden alle schwarze Beamte in den südlichen Staaten Amerikas entlassen werden.

Königin Wilhelmina und Kaiser Wilhelm. Hd. Amsterdam, 13. Juli. Königin Wilhelmine wird am 7. August eine Spezialmission nach Cleve entsenden, um Kaiser Wilhelm zu begrüßen, der aus Anlaß der 300jährigen Feier der Jungedigkeit Cleves zu Brandenburg-Preußen nach Cleve reisen wird.

Abchiedsessen der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Hd. Berlin, 13. Juli. Der Abgeordnete Baffermann hatte gestern Abend die nationalliberale Fraktion des Reichstages zu einem kleinen Abschiedsessen in die Ausstellungshallen am Berliner Bahnhof eingeladen. Zugleich waren eine Anzahl der Partei besonders nahestehender Vertreter der Presse gebeten worden. Der Abgeordnete Baffermann hob in seiner Begrüßung hervor, daß die nationalliberale Fraktion einzig in den Kampf um die Reichsfinanzreform gegangen sei und ihn durchgeführt habe, obwohl sie viele Freunde dabei verloren habe. Mit besonderer Anerkennung gedachte er des Reichskanzlers Fürsten Bülow, der den dankenswerten Versuch gemacht habe, den Liberalen einen Platz an der Sonne zu verschaffen. Prinz Schönaich-Carolath leerte sein Glas auf den Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion, der in seiner Engherzigkeit und in seinem konzilianten Wesen die ganze Fraktion hinter sich gehabt habe. Mit einem Hoch des Abgeordneten Baffermann auf das deutsche Vaterland, das begeistert aufgenommen wurde, schloß die Feier.

Reichsbegünstigt des Generals Gallifet. Hd. Paris, 13. Juli. In der Kirche St. Philippe du Roule fand gestern vormittag das Reichsbegünstigt des Generals Gallifet statt. Gallifet hatte sich in seinem Testament alle Waisenpensionen vorbehalten. Am Fuße des Sarges bemerkte man einen großen Kranz, dessen Schleife die Aufschrift W. II. trug. Der Kranz war vom Fürsten Adolfin im Namen des Kaisers am Sarge des Generals niedergelegt worden.

Deutschland und Marokko. Hd. Paris, 13. Juli. Dem Berliner Korrespondenten des „Solt“ wurde von offizieller Seite in Berlin bedeutet, die Meldung des „Matin“, wonach der deutsche Gesandte in Marokko, v. Rosen, den Auftrag erhalten habe, Frankreich zu einer Intervention in Marokko einzuladen, entsehr jeder Begründung.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorol. und Hydrogr. vom 13. Juli 1909. Nachdem sich die über dem Meer gelegene Depression mehr auf den Nordosten zurückgezogen hat und die Tiefstimmungen über dem Festland zurückgezogen sind, hat sich der hohe Druck von Südwesten her in das Binnenland hinein ausgebreitet; sein Kern ist gleichzeitig durch das Vordringen des bei Island erschienenen Minimums südwärts auf die Westküste verdrängt worden. Das Wetter war am Morgen noch meist trüb, aber vorwiegend trocken; die Temperaturen sind im Westen etwas geliegt, im Osten gestiegen. Voraussichtlich wird der hohe Druck seine Herrschaft nur vorübergehend zur Geltung bringen können; es ist deshalb auch nur vorübergehend aufhellendes, trockenes und etwas wärmeres Wetter zu erwarten.

Wahrscheinlich des Rheines am 13. Juli 1909 früh: Schifferinsel 4.90, gestiegen 65. Rehl 4.62, gefallen 18. Wagnau 7.13, gestiegen 27. Wausheim 6.62, gestiegen 57.

Briefkasten der Redaktion. H. Schild, Großhändler. Der Beamte Fellows von seiner Behörde eine schwere Jurisdiction, welche Anzeiger erfolgte. Er muß unter allen Umständen das Amtsgewinnnis wahren.

Tages-Kalender. Dienstag den 13. Juli. Verein abstinenter Katholiken, Ortsgruppe Karlsruhe, 8 Uhr Versammlung in der Markgrafstraße 44, 1. Stock (Alkoholfreies Restaurant). Gäste sind willkommen. „Fidelitas“, Verein katholischer Kaufleute und Beamten, 9 Uhr Vereinsabend. Rath. Arbeiterverein (Bezirk Südstadt), Halb 9 Uhr Versammlung mit Vortrag im oberen Lokal der „Wolfschlucht“. Apokalypse. 8 Uhr Varietevorstellung.

